

**Vertrauen und Teilhabe –
Zukunftsfähige Erfolgskriterien
diakonischer Arbeit im
Wettbewerb**

Diakonische Konferenz
12. bis 14. Oktober 2004 in Hannover

Pfarrer Dr. h.c. Jürgen Gohde
Präsident des Diakonischen Werkes
der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.

Korrespondenz

■ Impressum

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. (EKD)
Hausanschrift: Staffenbergstr. 76, 70184 Stuttgart

Verantwortlich für die Reihe:
Andreas Wagner
Zentrum Kommunikation
Postfach 10 11 42, 70010 Stuttgart
Telefon (07 11) 21 59-4 54
Telefax (07 11) 21 59-5 66
E-Mail: redaktion@diakonie.de
Internet: www.diakonie.de

Verantwortliche Redaktion:
Uwe Mletzko
Persönlicher Referent des Präsidenten
Telefon (0 30) 8 30 01-1 04
E-Mail: mletzko@diakonie.de

Layout:
Andrea Niebsch-Wesser

Bestellungen:
Zentraler Vertrieb des Diakonischen Werkes der EKD
Karlsruher Str. 11, 70771 Leinfelden-Echterdingen
Telefon (07 11) 9 02 16-50
Telefax (07 11) 7 97 75 02
E-Mail: vertrieb@diakonie.de

Die Texte, die wir in Diakonie Korrespondenz und Diakonie Dokumentation veröffentlichen, sind im Internet frei zugänglich. Sie können dort zu nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und vervielfältigt werden. Diakonie Korrespondenz finden Sie unter www.diakonie.de/korrespondenz. Diakonie Dokumentation finden Sie unter www.diakonie.de/dokumentation.

Im Vorspann der jeweiligen Ausgabe im Internet finden Sie Informationen, zu welchem Preis Diakonie Korrespondenz und Diakonie Dokumentation gedruckt im Zentralen Vertrieb bestellt werden können.

© Oktober 2004
1. Auflage

ISBN 3-937291-05-9

Druck: Zentraler Vertrieb des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD),
Karlsruher Straße 11, 70771 Leinfelden-Echterdingen

Vertrauen und Teilhabe – Zukunftsfähige Erfolgskriterien diakonischer Arbeit im Wettbewerb

Der Blick über den Tellerrand

Wir dürfen uns nicht länger an der Überlebensfähigkeit unserer Hilfeformen, Regelungen und Arbeitskonzepte orientieren, sondern müssen die Frage der Zukunftsfähigkeit stellen. Eine nachhaltige Veränderung ist ohne eine radikale Erneuerung nicht zu haben.

Der Blick über den Tellerrand lohnt sich: „Arbeitslosigkeit ist keine soziale Katastrophe. Wenn der Job, den man hat, eine Frage von Leben und Tod ist, reagiert man anders, als wenn man weiß, dass man weiter wohnen bleiben und seine Familie versorgen kann. Und dass man die Möglichkeit bekommt, mit Umschulungen weiter zu kommen. Das gibt ein anderes Klima. Bei vielen Betriebsbesuchen stelle ich fest, dass selbst bei Auftragsmangel ein grundlegender Glaube an die Zukunft da ist“, so der dänische Beschäftigungsminister Claus Hjort Frederiksen im Interview mit der Frankfurter Rundschau am 8. Oktober 2004. Bemerkenswerte Sätze, die so bei uns kaum fallen würden. Sicher: Sie werden gesagt auf dem Hintergrund einer anderen wirtschaftlichen Kultur – Dänemark hat keine Großindustrie – und eines unterschiedlichen sozialen Sicherungssystems. Aber es geht doch auch bei uns um den Glauben an die Zukunft, um Hoffnung für die eigene Biografie oder für die Kinder. So evident Zuversicht Geschenk ist, so klar ist, dass sich Rahmenbedingungen gestalten lassen.

In Gesprächen mit direkt Betroffenen, jüngeren wie älteren, fällt auf, wie groß die Unsicherheit ist, wie viele Fragen sie haben, nicht allein im Blick auf auszufüllende Fragebögen. Tief sitzen Enttäuschungen und Verletzungen darüber, nichts machen zu können oder nicht gefragt zu sein. Vertrauen ist beschädigt.

Was fehlt, ist nicht nur abrechnungstaugliche Software im Antragsverfahren oder die Information, die tüchtig machen könnte, sich auf die neue Situation einzulassen, die ab Januar eine Fülle von Veränderungen bringt, Streichungen der Arbeitslosenhilfe zum Beispiel für die einen, neue und bessere För-

dermöglichkeiten für die anderen. Wir sind an einem Wendepunkt unserer Gesellschafts- und Sozialpolitik angekommen. Es gibt keinen Weg mehr zurück in alte bundesrepublikanische Sozialstaatskonstellationen und „Überholen ohne einzuholen“ ist durch die „Erosion“ (B. Schulte) nationalstaatlicher Regelungsmöglichkeiten Realität geworden. Die Parameter sind neu: Hartz IV ist das erste Sozialgesetz, das sich verstärkt an anderen europäischen Modellen orientiert, ohne sie zu erreichen oder die eigene Regelungskompetenz aufzugeben. Von außen betrachtet sieht die Reform ausgesprochen moderat aus. Wie Fordern und Fördern die Wettbewerbsfähigkeit fördern kann, ohne den Grundsatz der Solidarität zu verletzen, der sich als Orientierungsmarke in der europäischen Verfassung findet, ist die Frage.

Deshalb ist der Seitenblick nach Dänemark so aufschlussreich: Was bei uns gesetzlich geregelt ist, regeln dort die Sozialpartner. Wo Tarife hier zentral verhandelt werden, geschieht es dort dezentral. Fördern ist der Leitbegriff, dem eine Verpflichtung zu arbeiten entspricht. Die Regierung hat klar gestellt, dass sie nicht an eine Absenkung des Arbeitslosengeldes denkt. Aber Dänemark hat auch eine andere wirtschaftliche Struktur als wir und eine andere Kultur. Es gibt ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und die Bereitschaft sich umzustellen. Die Wahrnehmung der sozialen Herausforderungen geschieht auf lokaler Ebene.

Lösungsfähigkeit und Veränderungsbereitschaft beruhen auf dem Vertrauen in eine gestaltbare Zukunft. Dieses Vertrauen müssen wir zurückgewinnen.

Ein zweiter Seitenblick: Der amerikanische Wirtschaftshistoriker Peter Lindert hat durch statistische Studien aus 21 Ländern über zwei Jahrhunderte herausgefunden, dass Fürsorge und öffentliche Umverteilung dem Wirtschaftswachstum nicht schaden, solange der Staat den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt nicht verzerrt: „Sobald der Staat die feine Linie von sozialer Unterstützung für alle zum Schutz bestimmter Gruppen überschreitet, verzerrt er den Markt und schadet dem Wachstum.“ (Steffen Heuer,

■ Vertrauen und Teilhabe

Wachsen tun sie alle, brandeins 08/04, 38). Als Beispiele hierfür werden Kündigungsschutz und Frühverrentung ohne eine Reform des gesamten Arbeitsmarkts genannt. An Wachstum und Kündigungsschutz hängt es freilich nicht. So hat die Schweiz bei den geringsten Sozialausgaben das geringste Wirtschaftswachstum und Dänemark ohne Kündigungsschutz die schärfste ökonomische Krise erlebt, die die Reform nötig machte, und hat sie ohne Kündigungsschutz überwunden.

Aufschlussreich sind Schlussbemerkungen: Im Vergleich zwischen Europa und Amerika sind die entscheidenden Aspekte die hohen Einkommensunterschiede in den USA, die Sozialtransfers nötig machen, und die abnehmende ethnische Homogenität.

Damit kommt als zweiter Punkt zur Vertrauensfähigkeit demokratisches Bewusstsein und Kontrolle sowie die Partizipationsmöglichkeit der Betroffenen hinzu. Die Erfahrungen dieses Herbstes bestätigen die These.

Ein dritter Seitenblick: Auf der 31. Vollversammlung des International Conference for Social Welfare (ICSW) hat Chandra Muzaffar (Malaysia) in Kuala Lumpur den Zusammenhang von Religion und gesellschaftlichem Zusammenhalt als Kernproblem des 21. Jahrhunderts herausgestellt. „Asien ist total beschäftigt mit wirtschaftlichem Wachstum und materiellem Fortschritt, gefangen in der einen Ideologie, die das Universum regiert – der Ideologie des Moneytheismus. Moneytheismus – das ist die Verehrung des Wohlstands. Moneytheismus als eine formidable Herausforderung für den Monotheismus. Moneytheismus widerspricht der Essenz des Glaubens in vielfacher Weise. Die blinde Verehrung des Geldes führt zum Verlust des Stellenwertes Gottes in der eigenen Weltsicht. Da das Anhäufen von Reichtum für eigene Zwecke eine sich selbst genügende Handlung ist, führt es zu einer Form der Ichbezogenheit, die der in allen Religionen ausgeübten Praxis des Dienstes am Nächsten, des Gebens, entgegensteht. Sich selbst zu belohnen, wird zum höchsten Lebensziel.“ (Übersetzung Jürgen Gohde)

„Asia is obsessed with economic growth and material progress. It is also ensnared in that one ideology that rules the universe – the ideology of moneytheism. Moneytheism is the worship of wealth. Moneytheism as a formidable chal-

lenge to monotheism. Moneytheism contradicts the essence of faith in a variety of ways.

The blind worship of money often leads to the displacement of God in one's worldview. Even if it does not, the pursuit of wealth for the moneytheists is at least on par with the worship of God.

Since the accumulation of wealth for its own sake is a self-serving activity, it fosters a form of selfishness which is antithetical to the other serving attitude that all religions cherish. Selfgratification becomes the overriding goal of human existence.“ (31. Vollversammlung ICSW 2004, Kuala Lumpur, Report, 13)

Es ist eine Herausforderung, bei der es ums Ganze geht. Wo Gott seinen Platz unter den Menschen verliert, haben Menschen keine Chance, da werden Menschen in Armut, Krankheit, in Not selbst displaced persons. „Die Kultur des Moneytheismus ist eine Kultur der Gier, die droht das menschliche Wesen so sehr zu verwandeln, dass der vorherrschende Typ Mensch des 21. Jahrhunderts ein ausgesprochen egoistisches Individuum sein könnte, das wenig Interesse und Mitgefühl für seine Mitmenschen aufbringt“ (Chandra Muzaffar, a.a.O.).

Wer sich ändern will, muss seine Einstellung ändern. Was die Diakonie gegenwärtig am nötigsten braucht ist christlicher Geist, der Menschen zur Veränderung stark macht.

Den meisten ist bekannt, dass die sozialen Sicherungssysteme nicht nachhaltig finanziert sind und deshalb angesichts der irreversiblen Risiken der Demografie und der beeinflussbaren Faktoren des Arbeitsmarktes nicht ausreichend in der Lage sein werden, Sicherheit zu geben oder Armut auszuschließen sowie ein Leben trotz Pflegebedürftigkeit würdevoll führen zu können. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist eine Wette auf die Zukunft. Nationalstaatliche Eingriffe sind angesichts der Globalisierung der Wirtschaft in ihrer Wirksamkeit beschränkt.

Wir benötigen heute eine Überwindung von Selbstbeschäftigung und Stillstand hin zu einer Bewegung, die eine transparente Diskussion ermöglicht und Wahrheiten ungeschminkt benennt. Dazu gehört: Wir haben uns auf Mangelsituationen im Reichtum einzustellen.

Es gibt weder eine Garantie für die zukünftige Gestaltung des Prinzips des bedingten Vorrangs der Träger der Freien Wohlfahrtspflege noch für bestimmte ausdifferenzierte Hilfeformen. In jeder Gesetzesnovelle muss darum gekämpft werden.

Diese Beobachtungen unterstreichen, dass es keine wirksame Reform geben kann, wenn der Sinnfrage des Lebens ausgewichen oder nicht nach dem Beitrag der Kirchen und des christlichen Glaubens gefragt wird. Wolfgang Huber hat Recht: „Wenn wir einen an Gerechtigkeit und Solidarität orientierten Sozialstaat erhalten wollen, müssen wir jetzt um seine Zukunftsfähigkeit kämpfen. Wir müssen seine Nachhaltigkeit stärken.“ (W. Huber, Um der Menschen willen – welche Reform brauchen wir?, 30. September 2004, Berlin). Wir können es aber nur, wenn wir in diesen Prozess unsere biblische Tradition als Kraft der Erneuerung und Hoffnung einbringen.

Wodurch wird das Leben zukunftsfähig?

„Gottes Liebe findet nicht, sondern schafft das ihm Liebenswerte; des Menschen Liebe entsteht auf Grund des ihm Liebenswerten“ (Heidelberger Disputation, These 28). Diese schöpferische Liebe, die Sünder, Schlechte, Törichte und Schwache liebt, um aus ihnen Gerechte, Gute und Starke zu machen, ist das Movens einer diakonischen Kirche. Da das Gottesverhältnis nicht in einer der Menschenliebe gemäßen strebenden Bewegung auf Gott hin besteht, sondern im glauben den Empfang der Liebe Gottes, werden die Liebeswerke frei, anderen Menschen zu dienen.

„So ist nu das die Summa des Euangelions, das reich Christi ist ein reich der barmhertzikeit und Gnad, da ist nichts anders ist dann ymmer tragenn und tragen.“ (M. Luther, Fastenpostille 1526, WA 10 I 2; 366, 18 - 34).

Es geht um nichts weniger als die Freiheit des Glaubenden. Diakonie ist die Lebensform der Teilhabe an der Freiheit des Evangeliums.

Christus teilt sein Leben, damit wir Leben haben. Teilhabe ist eine diakonische Struktur. In der Geschichte von der Speisung der 5 000 ist das einfach zu begreifen. Da wird, bevor das Brot geteilt wird, Erfahrung geteilt. In der Erfahrung steckt alles drin, was Jesus den Menschen zu geben hat. Zunächst das Hören auf das, was sie niederdrückt und was sie in den Begegnungen mit Menschen erfahren haben. Weiter das Brot, das sie sich nicht selber geben können, das sie aber brauchen. Und als Drittes die Erfahrung, dass er sie schickt. Er sagt: „Geht zu den Menschen und teilt das, was ihr

erfahren habt, mit.“ Leben ist teilen und stark machen. Das ist eine Herausforderung, Aufruf und Ermutigung, Aktivieren von Ressourcen, und nicht zuletzt Trösten. Damit geht es um einen Prozess, den keiner von selber anstoßen kann, sondern in dem eine Kraft nutzbar gemacht wird. Es geht um die Kraft dessen, der herbeigerufen wird, wie das Johannesevangelium sagt (Joh. 14,16). Es geht um den Begleiter, mit dem man, wenn man ihn im Rücken hat, selbstbestimmt leben und das eigene Handeln in einen Kontext, der Sinn macht, einzeichnen kann. Das Johannesevangelium nennt diese Kraft den Parakleten, den Anwalt des Lebens, der sich herbeirufen lässt. Teilhabe ist die Struktur einer anwaltschaftlichen Diakonie. Teilhabe ist die Struktur, die aus sozialen Dienstleistungen mehr macht, die die Subjektivität des Menschen, eines Bewohners oder des Hilfe Suchenden gewährt und schützt.

Zur Teilnahme herausfordern heißt, Lebenslagen wahrnehmen, die Lebenswelt wahrnehmen, die biografischen Komponenten wahrnehmen. Sie nicht nur als Strukturbedingungen und als Rahmenbedingungen begreifen, sondern zugleich als die Ressourcen, die sich nutzen lassen und mit ihnen und für sie etwas in Bewegung zu setzen. Wir stellen fest: Es gibt eine wachsende Bedeutung sozialer Dienstleistungen. Das hat verschiedene Gründe. Sie liegen in der demografischen Entwicklung, sind in der Entwicklung eines individuellen Lebensstils begründet und in veränderten Erwartungen.

Zu diesen veränderten Erwartungen gehören veränderte Berufsrollen, von Frauen insbesondere, und es gehört zum Beispiel ein verstärktes Selbstbewusstsein der Menschen dazu, die selber Pflege brauchen.

Hier zeigt sich ein deutlicher Trend. Wie ein roter Faden zieht sich das durch die Anforderungen und die Gestaltungsbedingungen der Sozialgesetze. Wir stellen freilich fest, dass diese großen Ziele sehr häufig durch bürokratische Anforderungen konterkariert werden.

Das ist nicht anders im Bereich des Gesundheitswesens. Eine der größten Veränderungen ist die durch die Informationsmöglichkeiten und Informationstechnologien, die für Patienten zur Verfügung stehen. Dieser informierte Patient will mitbestimmen, der kundige Bewohner will sagen, wie er leben möchte und er for-

■ Vertrauen und Teilhabe

dert damit nicht nur die Einrichtung und ihre Leitung heraus, sondern er fordert zur gleichen Zeit die Mitarbeitenden heraus und das Umfeld. Er gestaltet das soziale wie das pflegerische Angebot, wie auch das Lebensangebot viel stärker mit und gestaltet es selber besser, als wir es vielleicht getan hätten. Damit entsteht ein Interaktionsgeschehen, das nicht nur Grenzen auflöst, sondern Chancen eröffnet für Freiheit, für eine Entwicklung, in der Menschen miteinander leben lernen und neue Erfahrungen machen.

Über Teilhabe reden in der Diakonie heißt, diese Frage nach dem, was unserem Leben Sinn und Horizont gibt, nach dem, was Vertrauen begründet, das geteilt werden muss, nach dem, was hilfreich ist in einen Kommunikationshorizont hineinzustellen.

Diakonische Einrichtungen schulden den Menschen in ihrem Umfeld die Beschreibung der Wege sowie die Gestaltung von Zugängen für alle ohne Schwellen. Für uns ist es eigentlich selbstverständlich, obwohl es ein immer von neuem interessanter Prozess ist. In der politischen Sprache gesagt: Es geht um die Vermeidung von Ausgrenzung. Das ist nicht nur im Blick auf das Gesundheitswesen auch eine Frage von Bildung. Es geht letztlich darum, dass Menschen in diesen Prozessen mitwirken, die Selbstorganisationen dieser Hilfebedürftigen gestärkt werden und sie die Chancen erhalten, im Gesamtzusammenhang eines diakonischen Prozesses mitzuwirken.

Wir reden von dem Leitbild der Dienstgemeinschaft als einer partizipatorischen, als einer Teilhabestruktur. Damit reden wir vom diakonischen Auftrag, der allem vorgeordnet ist, und dem gegenüber Menschen sich freiwillig verhalten. Teilhabe verlangt diese Freiwilligkeit. Freiwilligkeit und Grenzen gehören zusammen. Sie verlangt Miteinander und den Schutz der Möglichkeiten der Teilhabe. Und es braucht drittens Menschen, die in der Lage sind zu vermitteln und Gründe zu liefern und sich in diesem Prozess des Begründens auch selber in Frage zu stellen und von Neuem zu beginnen.

Gestaltetes Vertrauen: der Testfall Hartz IV

Wir können den Veränderungsprozess auf Grund unseres Auftrags so mitgestalten, dass im Prozess und seinen Folgen Vertrauen wachsen kann.

Anwaltschaftliche Diakonie wird ihre Kraft nur behalten, wenn sie die Perspektive der Teilhabe und Zukunftsfähigkeit behält. Der Testfall ist Hartz IV. Hartz IV allein schafft keine neuen Arbeitsplätze, kann allerdings zu einer Veränderung von Einstellungen der Rahmenbedingungen beitragen, wenn auch die Wirtschaft ihren Beitrag leistet und natürlich große Arbeitgeber auch. Wir sind im Augenblick Europameister im Export von Arbeitsplätzen. Die Arbeitsplätze im sozialen Bereich gehören allerdings nicht dazu. Wenn es gelingen könnte, nur 15 Prozent der jetzt Arbeit Suchenden wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, wäre das für alle Beteiligten gut. In erster Linie natürlich für die betroffenen Menschen und ihre Familien selbst, in zweiter Linie allerdings auch für die Sozialkassen. Es sind harte Fragen zu stellen. Wir dürfen ihnen nicht ausweichen. Ist der Lebensunterhalt eines Menschen, der von einer öffentlichen Transferleistung lebt, eigentlich höher, wenn er aus dem Arbeitslosengeld oder aus der Sozialhilfe kommt? Ich sehe hier ein Gerechtigkeitsproblem.

Ist es einer Verkäuferin, die mit einem niedrigen Gehalt tapfer ihre Steuern zahlt, eigentlich einsichtig zu machen, dass sie es weiterhin tun soll, wenn sie wahrnimmt, dass sie möglicherweise weniger in der Tasche hat als ein Arbeitslosengeld II-Empfänger? Das ist eine Vertrauensfrage.

Ist es diakonisch eigentlich hinnehmbar, dass wir sehenden Auges auf einen Mangel an Fachkräften zugehen und so tun, als sei das das Problem der Jahre 2015 bis 2020, wenn wir zugleich Menschen vor der Tür haben, die ihre Möglichkeiten der Partizipation ausprobieren wollen?

An Hartz IV kann deutlich werden, wie sich anwaltschaftliches und unternehmerisches Handeln verschränken müssen. Wir sind trotz aller Probleme mit dem Gesetz sowohl in der Lage als auch kompetent, Menschen im Rahmen der vorgesehenen Möglichkeiten für Zusatzjobs eine Chance zu bieten und tun damit nicht nur Gutes für sie, sondern auch für uns. Freilich, die Kriterien, die für soziale Arbeit auch sonst gelten, müssen auch in diesem Zusammenhang Gültigkeit haben.

Zusatzjobs sind keine erzwungene Arbeit. Sie dürfen nicht in eine Sackgasse führen und Arbeitslosigkeit verfestigen. Wir haben immer öffentlich geförderte

Beschäftigungsverhältnisse gefordert. Sie dürfen allerdings keineswegs dazu beitragen, regelrecht vergütete Arbeitsverhältnisse zu verdrängen und Notlagen von Arbeit Suchenden auszunutzen. Menschen sollen vielmehr Ermutigung finden und vielleicht sogar Geschmack an sozialer Arbeit und Selbst-Vertrauen.

Es geht um Freiwilligkeit, es geht um konsequentes Fördern. Es geht um die Kooperation zwischen diakonischen Unternehmen und Einrichtungen und den Beratungsdiensten. Unsere Stärke ist doch die ganzheitliche Zuwendung. Daher bleiben die Befähigung sowie die flexible Ausgestaltung der Eingliederungspauschalen zentrale Forderungen. Deshalb ist eine Evaluation notwendig, deswegen geht es uns sowohl um die Jungen als auch um die über 50-Jährigen. Die Grenzen zwischen denen, die Arbeitsplätze haben und denen, die gerne arbeiten würden, sind fließend geworden. Deswegen müssen wir eine große Reform im Bereich der Bedingungen der Arbeit in diesem Land schaffen. Umdenken fängt bei uns selbst an.

Wir haben den politischen Prozess so mit zu gestalten, dass Menschen spüren, wie er regelbar, gestaltbar und transparent abläuft.

Zunehmend spielen dabei Monitoringprozesse eine Rolle, die beabsichtigte und nicht beabsichtigte Folgen von Reformvorhaben ermitteln. Sie sind durch uns angeregt worden. Sicher, es wäre optimaler, solche Folgenabschätzungen im Vorhinein anzustellen, aber sie bieten Chancen, Vertrauen in schwieriger Zeit zu befestigen. Hier ist natürlich die Armut- und Reichtumsberichterstattung zu nennen, aber auch die Gesundheits- und Rentenreform, nicht zuletzt die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung oder die Bemühungen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Tagesbetreuung der Kinder zu verbessern.

Wir müssen den Prozess der Veränderung so mit gestalten, dass Diakonie und Kirche erkennbar sind, wenn sie die Unsicherheiten von Ratsuchenden teilen, Fragen aufnehmen und sie befähigen mit eigenen Möglichkeiten an der Lösung von Schwierigkeiten zu arbeiten.

Orientierung am finanziellen und sozialen Ertrag

Wir müssen verstärkt nach Jahren der Kostenorientierung und -fixierung nach dem Ertrag fragen, sowohl nach dem finanziellen wie dem sozialen. Wir dürfen nicht zulassen, dass uns durch Unbeweglichkeit und Inflexibilitäten – oder sei es auch nur fehlender Mut – die Möglichkeiten wegbrechen, die durch Umstellungen und Veränderungen auch in Zukunft eine Vielzahl neuer Handlungsoptionen eröffnen könnten. Ich nenne hier an erster Stelle die Reform des kirchlich-diakonischen Arbeitsrechts. Diese Reform duldet keinen Aufschub – um der Menschen willen, der Mitarbeitenden ebenso wie derjenigen, die unsere Hilfe brauchen. In allen Diskussionen um die Frage, wo das Soziale besser aufgehoben sei in Zukunft, auf der Bundes-, Länder- oder der örtlichen Ebene spielt die Bezahlbarkeit der Dienstleistungen eine entscheidende Rolle. Gerade weil wir betonen, dass Menschen Hilfe brauchen, ist die angemessene Vergütung leistungsgerecht zukunftsicher zu machen unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten.

Zweitens: eine eigentümliche Beobachtung. Bei den vielen großen Jubiläen, die wir in diesen Jahren feiern können, lese ich in Festschriften von der Kraft des Neubeginns. Wenn man will, Innovationsprotokolle. Wir brauchen momentan Ähnliches. Nicht nur Studien und Stellungnahmen, sondern den Austausch von innovativen Strategien, die Wissen und Kompetenz von woher auch immer aufnehmen und kommunizieren, ausprobieren und gestalten. Wir brauchen der neuen Wirklichkeit entsprechende Modelle, die proaktiv den Spielraum aufnehmen, der momentan national wie international gegeben ist. „VERTRAUEN heißt das, ausprobieren, nicht mutlos sein. Es versuchen, selbst wenn mal der Plan fehlt – und das ist, realistisch betrachtet, auch in der näheren Zukunft immer noch ein Minderheitenprogramm.“ (Wolf Lotter, Zeit zum Handeln, brandeins 08/04, 61)

Ein Minderheitenprogramm. Wir sollten dazu gehören und radikal nach dem Neuen fragen. Diakonie ist nicht die Partei der Besitzstandswahrer. Sie ist Expertin und

Anwältin des Lebens. Für Anwaltschaft wie unternehmerisches Handeln gilt: Die Entwicklungsfähigkeit korreliert hoch mit den Kräften des Vertrauens in die Zukunft. Entwicklungsfähigkeit ist abhängig von unserem Glauben. Damit sind harte Faktoren des diakonischen Erfolgs im Wettbewerb beschrieben. Es gibt weitere.

Die Freiheit zu dienen als Erfolgskriterium sozialer Dienstleistung

Hemjō Klein, der frühere Vorstand von Neckermann, der Deutschen Bahn, der Lufthansa, entfaltet in einem Interview für das Wirtschaftsmagazin brandeins (Nr. 6/04, 64-68) unter dem Titel „Die Freiheit zu dienen“ ohne ein einziges Mal von Gott zu reden, diesen Satz. Er nennt die Voraussetzungen: den pfleglichen Umgang mit Kerntugenden: Disziplin, Verantwortungsbewusstsein, Zielstrebigkeit. Er zeichnet das Bild vom dienenden Staat, der den verbindlichen Rahmen für Vielfalt, Recht, Schutz und Freiheit schafft.

„Nicht die Funktion, sondern der Mensch und sein Selbstbewusstsein sind entscheidend“ (A.a.O., 66). Gemeint ist Reden und Handeln, Leben auf Augenhöhe.

Auf die Frage, warum das so schwierig sei, kommt eine einfache Antwort: „Wir sind zwar Weltmeister im Leisten, aber nicht im Dienen. Dienen hat bei uns keine gesellschaftliche Relevanz und keine persönliche Attraktivität. Dienen gilt als etwas, was wir glücklicherweise überwunden haben“ (A.a.O., 66). Freilich: „Wer persönlich in der Lage ist, dienstbar zu sein, und wer das als eine erstrebenswerte Aufgabe ansieht, für den ist die Zukunft im Grunde ein Traum. Menschen dienlich zu sein, Freude zu bereiten, das ist nicht nur ein Beruf, das kann auch ein gesellschaftlicher Faden durchs Leben sein. Und Freude machen“, so Hemjō Klein (A.a.O., 66).

Ohne ein einziges Mal von Gott zu reden: die Freiheit zu dienen. Kann das auch Leitbild für eine moderne Diakonie sein, die in einer Situation des wettbewerblichen Dialogs ihr Eigenes anbietet? Im Dialog mit Kostenträgern über die Qualität und den Preis, im Dialog mit Bewohnerinnen und Bewohnern oder Kunden über ihre Zufriedenheit, im Dialog mit den Mitarbeitenden, die sich eigentlich gar nicht mehr so

verstehen dürften, sondern selbst als Mit-Unternehmer betrachten könnten.

Die Freiheit zu dienen: nicht länger ein weicher Faktor – sozusagen das diakonische Sahnehäubchen – sondern ein Erfolgskriterium sozialer Dienstleistung, nicht soft, sondern hard skill, anders gesagt: Managementverantwortung von Vorständen und Aufsichtsgremien.

Ich bin sicher, es würde unserer Gesellschaft insgesamt gut tun, in diese Richtung zu denken. Das in jeder Mangelsituation auftauchende Gerede über Pflichtdienste würde aufhören, Fordern und Fördern würde anders klingen, Dunkelkammerdiskussionen in Vermittlungsausschüssen wären nicht mehr nötig, es wäre nicht notwendig zuzulassen, dass zum Beispiel Pflege zum Schnäppchenpreis angeboten wird oder der Kunde zwar als König geködert wird, er sich das Notwendige aber nicht leisten kann.

Die Frage nach bezahlbarer Qualität

Eine ständige Frage ist die nach bezahlbarer Qualität, des Umfangs notwendiger Hilfen und belastbarer Rechtspositionen. Es belastet, dass diakonische Träger wegen der angebotenen Qualität im Wettbewerb nicht zum Zuge kommen, weil sie Arbeitsvertragsrichtlinien (AVR) anwenden. Es erfordert Widerstand und konstruktive Arbeit zugleich, wenn die Abschaffung des Heimgesetzes gefordert wird und gleichzeitig die Anwendung eines wettbewerbstauglichen Personalbemessungsverfahrens (P.L.A.I.S.I.R) blockiert wird, das anschließend aus Gründen des internationalen Softwarerechts scheitert. Wir bedauern dieses Scheitern außerordentlich. Rechtlich verbindliche Standards dürfen nicht als finanzpolitische Verfügungsmasse behandelt werden.

Angesichts der Ressourcenverknappung kommt aber dem effizienten Einsatz verfügbarer Finanzmittel hohe Bedeutung zu. So haben Rehabilitationsträger in jüngerer Zeit versucht, ihre Verantwortung für einen sparsamen und wirtschaftlichen Einsatz von Finanzmitteln über das Instrument von Ausschreibungen wahrzunehmen, ein aus unserer Sicht hoch strittiger Weg. Ein Instrument, das im gewerblichen Bereich durchaus zu den gewünschten Ergebnissen führt, kann im Bereich der Eingliederungshilfe die Versorgungsstrukturen zu Lasten von Menschen mit Behinderungen zerstören.

Wo die Ausgestaltung eines Persönlichen Budgets einerseits durchaus Ausdruck der in der Subjektstellung erkennbaren Freiheit ist und damit die Selbstbestimmung stärken kann, besteht aber auch die Möglichkeit, wenn das Budget nicht einer Wahlentscheidung der Betroffenen entspricht, dass das so genannte sozialrechtliche Dreieck aufgelöst wird (Volker Neumann). Solange aber Sozialleistungen im Rahmen des so genannten sozialrechtlichen Dreiecks erbracht werden, kann zwar Wettbewerb zwischen Einrichtungen und Diensten bestehen, ein Markt besteht jedoch nicht. Die Strukturverantwortung haben die Rehabilitationsträger. Dies ändert sich bei der Anwendung Persönlicher Budgets als Regelform. Markt setzt gleichberechtigte Partner voraus und keine asymmetrischen Beziehungen zwischen Leistungsanbietern und Leistungsnachfragern. Diakonie braucht den wettbewerblichen Dialog über Nutzen und Qualität ihrer Dienste. Das bloße Beharren auf bisher Erreichtem und dessen Sicherung, das Fordern von Mehr von dem Gleichen führt in die Irre.

Über die Freiheit zu dienen können wir nicht ohne Gott reden

Lassen sie uns das ganz unbefangen tun. Sie ist ein innovatives Modell. Man verliert in ihr alle Angst vor Perspektiven- und Rollenwechsel. Sie ist, wie es Martin Luther gesagt hat, „die Summe eines christlichen Lebens“. „Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemandem Untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan“ (M. Luther, Von der Freiheit eines Christenmenschen, 1520) hat Martin Luther in der Sprache seiner Zeit gesagt.

Die christliche Botschaft befreit uns von Schuld, die bedrückt, verstummen lässt oder verdrängt wird. Christliche Freiheit schützt vor quälender Selbstentwertung und übertriebenem Selbstzweifel. Die Liebe Gottes führt zu Selbstannahme und aufrechtem Gang. In christlicher Freiheit können wir Gott trauen. Sie manifestiert sich im Vertrauen auf Gottes Begleitung und Annahme und wird damit zu einem Fundament unseres Selbstvertrauens. Christliche Freiheit heißt auch frei werden vom Eingebundensein in aktuelle Verstrickungen. Sie ermöglicht es uns zurückzutreten und den notwendigen Abstand zu gewinnen, aus dem Auswege und neue Perspektiven zu erkennen sind. So wird manches relativiert, was übermächtig und aus-

weglos erscheint. Das Evangelium Jesu Christi lässt sich nicht auf die eigene Lebenswelt begrenzen. Es fordert dazu heraus, von der ängstlichen Abgrenzung gegenüber dem Ungewohnten und Fremden Abstand zu nehmen. Es beinhaltet die Freiheit, alles zu prüfen und das Gute zu behalten.

Das hier skizzierte Verständnis von Freiheit ist das Fundament für ein christliches Verständnis der Menschenwürde, das in dem Wissen um die Gottebenbildlichkeit und der Erfahrung von Gottes Gnade wurzelt. Der Begriff der Menschenwürde gehört wie der Begriff der Freiheit zu den zentralen Prinzipien diakonischen Handelns. Beide sind eng miteinander verbunden. „Die durch die Gnade Gottes bestätigte Bestimmung des Menschen zur Freiheit, entfaltet ihre praktische Dimension in der Zuwendung zum Nächsten, insbesondere den Schwachen und Gedeemühten.“ (Weinrich, Michael. Zur Freiheit befreit. in Reuter, Hans Richard; Bedford-Strohm, Heinrich; Kuhlmann, Helga & Karl-Heinrich Lütcke (Hg.): Freiheit verantworten. FS Wolfgang Huber. Gütersloh 2002, 99)

Hier geht es um die Freiheit zu dienen. Diese Freiheit lebt von der erfahrenen Befreiung. Sie erhält und macht das soziale Handeln und die Präsenz der Diakonie christlich. Diese Freiheit ist das Gegenteil von Beliebigkeit und Unverbindlichkeit. Sie freut sich an Gerechtigkeit und Frieden, sie bietet Ungerechtigkeit und Ausgrenzung die Stirn. Sie lässt sich selbst bestimmen durch den in den Fragen, Schmerzen und Freuden der uns begegnenden Menschen präsenten Christus.

Auf dem Weg

In diese Perspektive haben wir den Prozess der Stärkung der verbindlichen innerverbandlichen Kooperation einzuzeichnen. Deshalb haben wir uns auf den Weg gemacht. Wir sind noch längst nicht am Ziel. Die Umsetzung des Prozesses, der Abbau von Doppelstrukturen, die Verbesserung der Arbeit in Netzwerken bei begrenzten Ressourcen, die Sicherstellung von Information und Partizipation sind Ziele ohne Alternative. Die Organisationsstruktur des Diakonischen Werkes der EKD verändert sich auf Bundes-, Landes- und Einrichtungsebene.

Mit der Bildung der Zentren haben wir ein erstes Ziel erreicht. Manches holpert noch und ist verbesserungs-

■ Vertrauen und Teilhabe

fähig. Ich danke allen, die mit aufmerksamer Geduld den Prozess mitgehen, mit Ermutigung und Kritik. Keiner wird unverändert aus dem Prozess hervorgehen.

Mit der Verabschiedung der neuen Satzung werden wir ein weiteres zentrales Ziel erreichen. Ich wünsche mir eine klare Mehrheit für die neue Satzung. Wir brauchen eine zukunftsgerechte Satzung, die den Herausforderungen einer Diakonie im Wettbewerb gerecht wird. Deshalb können wir uns kein Scheitern leisten. Die Satzung muss den kirchlichen Charakter unterstreichen, die Gewichte widerspiegeln, die im Diakonischen Werk der EKD vorhanden sind und Teilhabe aller Gruppen an Entscheidungsprozessen ermöglichen. Ich danke den Mitgliedern des Satzungsausschusses für ihre Arbeit. Auch die Satzungen von Landes- und Fachverbänden müssen neuen Anforderungen entsprechend gestaltet werden, wenn es uns gelingen soll, die zentrale künftige Herausforderung zu bestehen.

„Es geht um unsere Seelen, aber es geht nicht um Sentimentalitäten. Es geht um unser Selbstbewusstsein und damit um die Stabilität der Gesellschaft, in der wir leben werden. Die Diskriminierung des Alterns und des Alters wird weltweit zu einem ökonomischen und geistigen Standortnachteil. Im Jahr 2050 werden allein in China so viele über 65-Jährige leben wie heute auf der ganzen Welt. Angesichts solchen Wachstums an Alter wird jene Gesellschaft am erfolgreichsten sein, deren religiöse oder kulturelle Überzeugungen das Alter schöpferisch machen können.“ (Frank Schirrmacher, Das Methusalemkomplott, 2003, 11) Zukunft liegt in der Orientierung an dem Gott, der in Gnade und Barmherzigkeit, in Gerechtigkeit und aufmerksamem Geleit dem Menschen nah ist.

